

## Allgemeine Wahlprüfsteine zur Sozialen Arbeit

---

1. Viele Handlungsfelder der Sozialen Arbeit sind im Zuge der Corona Pandemie als systemrelevant deklariert worden. Im öffentlichen Diskurs zu systemrelevanten Berufen fand Soziale Arbeit dennoch wenig Beachtung. Was werden Sie tun, um die gesellschaftliche Anerkennung Sozialer Arbeit zu fördern?

„Die gesellschaftliche Relevanz der vielfältigen Tätigkeitsfelder der Sozialen Arbeit über die Kinder- und Jugendhilfe, zielgruppenspezifische Felder wie Frauen-, Familien-, Schuldnerberatung bis hin zu Schul- und Jugendsozialarbeit sowie Gemeinwesenarbeit ist in den Anfängen der Corona-Pandemie deutlich unterschätzt worden. DIE LINKE setzt sich für eine höhere tarifliche Entlohnung von Erziehungs- und Sozialberufen sowie für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen vor Ort in städtischen Einrichtungen ein, um nicht zuletzt die Wertschätzung der Berufe und ihre Attraktivität zu steigern. Berufe des Sozialwesens sollten in etwaige Listen systemrelevanter Berufe aufgenommen werden.“

2. Es gibt einen massiven Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit. Was sind aus Ihrer Perspektive nächste Schritte, um dem entgegen zu wirken?

„Die Ausbildungskapazitäten und die Zahl der Studienanfänger\*innenkapazitäten sollten in einschlägigen Studiengängen erhöht werden.“

3. Im Allgemeinen sind studienintegrierte Praktika für Studierende der Sozialen Arbeit noch immer unbezahlt. Viele der Studierenden gelangen daher in eine finanziell prekäre Situation. Inwieweit möchten Sie diesbezüglich die Ausbildung von Fachkräften der Sozialen Arbeit verbessern?

„Das Problem unbezahlter studienintegrierter Pflichtpraktika betrifft auch andere Studiengänge und trifft alle Studierenden hart, die nicht nur ihren Unterhalt finanzieren, sondern zugleich auch ihre Arbeitskraft für die Praktika-Zeit aufwenden müssen. Sie erfordern eine strukturelle Lösung dergestalt, dass Pflichtpraktika von den Trägern bzw. den Ausbildungsbetrieben vergütet werden müssten. Dazu sind landesrechtliche Vorgaben nötig, deren Umsetzung wir auf kommunaler Ebene unterstützen können.“

4. Welche Maßnahmen werden Sie im Umgang mit strukturellem Rassismus in Ihrer Kommune ergreifen?

„Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften kämpft DIE LINKE darum, dass die Gesellschaft nicht weiter nach rechts driftet. Demokratische Rechte müssen geschützt und er-weitert werden und es darf kein Zurückweichen vor der extremen Rechten geben. Wir fordern von den staatlichen Behörden eine Demokratie bejahende, Demokratie fördernde und die Demokratie schützende Haltung ein. Es darf kein Zurückweichen vor der extremen Rechten geben. Die Demokratie muss geschützt und erweitert werden, sie zu stärken heißt auch, den Menschen mit Respekt begegnen und ihre sozialen und konkreten Anliegen ernst nehmen.

DIE LINKE Köln steht für eine Verknüpfung sozialer, antirassistischer und queer-feministischer Kämpfe. Wir unterstützen die Forderung von über 100 Migrant\*innenorganisationen nach einem Ausbau des Förderprogramms „Demokratie leben“ und nach einem „Demokratiefördergesetz“.

Viele Sorgen und Nöte sind gut begründet: eine ausgeprägte EU-Skepsis und Globalisierungskritik, ein kritischer Blick auf die soziale Verfasstheit der Gesellschaft und den Zustand der Demokratie sowie die Wahrnehmung eigener Machtlosigkeit durch verweigerter Partizipation. Viele Kölner\*innen sind zu Recht zornig, wenn sich die etablierten Parteien im Kölner Stadtrat die Posten zuschustern.

Deshalb treten wir dafür ein, die Demokratie durch eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu stärken, die insbesondere jenen Personengruppen, die sich bisher bei den Beteiligungsangeboten eher selten einbringen, echte Mitbestimmungsmöglichkeiten bietet.

DIE LINKE setzt sich dafür ein:

- Der 8. Mai, der Tag der Befreiung vom Faschismus, soll Feiertag in NRW werden. Er jährt sich 2020 zum 75. Mal. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) in Köln organisiert seit Jahrzehnten am 8. Mai Gedenkveranstaltungen am Mahnmal am Hansaring. Dafür soll sie ab sofort eine Unterstützung durch die Stadt erhalten.
- Das NS-Dokumentationszentrum und die Infostelle gegen rechts müssen weiter gestärkt werden. Schulklassen sollen den Anspruch auf eine kostenlose Führung durch das NS-Dokumentationszentrum haben.
- Das beschlossene Denkmal für die Opfer der NSU-Terroranschläge in der Keupstraße muss endlich fertig gestellt werden.
- Das Dokumentationszentrum und Museum der Migration in Deutschland e.V. (DOMiD) sollte jetzt mit aller nötigen Unterstützung der Verwaltung schnell in Köln-Kalk angesiedelt werden.
- Der vom Rat beschlossene Ratgeber für die Menschen in der Kölner Stadtverwaltung, der Tipps enthält, wie sie rechtsextreme Veranstaltungen in städtischen Räumen verhindern können, muss schleunigst vorgelegt werden.
- Immer wieder kommt es bei der Polizei zu Formen institutionellen Rassismus etwa dem racial profiling (auf äußerlichen Merkmalen basierendes Agieren von Polizeibeamten), zu rassistischen Übergriffen einzelner Polizisten und immer wieder werden antirassistische Demonstrationen behindert. Hier muss sich die Linie der Polizei ändern. Die Kölner Polizei muss die Demokratie stärken und demokratische Versammlungen schützen! Das Bundesverfassungsgericht hat 1985 im Brokdorf-Beschluss klargestellt: Demonstrationen sind „ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren“, und es sei die Pflicht der Behörden, versammlungsfreundlich zu verfahren.“

## Handlungsfeldspezifische Wahlprüfsteine

---

### Flüchtlingshilfe

#### 5. Wie planen Sie langfristig mit Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete umzugehen?

„Die Gemeinschaftsunterkünfte, in denen Gemeinschaftsküchen und Sanitärräume genutzt werden müssen, sollen kurzfristig geschlossen werden und die Geflüchteten in anderen Unterkünften untergebracht. Der notwendige Platz ist in Köln vorhanden. Unterkünfte mit abgeschlossenen Wohneinheiten sollen so bemessen sein, dass dort nicht mehr als 60 Geflüchtete an einem Standort leben. Ziel ist, alle Geflüchteten in normalen Wohnungen unter zu bringen.“

### Häusliche Gewalt

#### 6. Was wollen Sie tun, um die Forderungen der Istanbul Konvention im Bereich Gewalt gegen Frauen\* und häusliche Gewalt umzusetzen?

„Köln hat momentan 26 Frauenhausplätze. Mit einem geplanten 3. Frauenhaus wären es 36. Zur Umsetzung der Istanbul Konvention brauchen wir 100. Das sind ca. 6 weitere Frauenhäuser.“

Letztlich muss Gewaltschutz auf der Bundesebene finanziert und bereitgestellt werden, da so gut wie keine Frau in ein Frauenhaus ihrer Heimatstadt gehen kann. Doch das ist momentan leider utopisch. Wir würden dafür plädieren, Gelder für den kommunalen Anteil zur Verfügung zu stellen und Druck auf das Land auszuüben, seinen Anteil zu übernehmen. Wenn das Land seiner Verpflichtung nicht nachkommt, müssen die kommunalen Mittel für sechs Frauenhäuser dafür verwendet werden, wenigstens drei Frauenhäuser allein zu finanzieren.“

### Kinder- und Jugendhilfe

#### 7. Welche Maßnahmen werden Sie einleiten, um den Kinderschutz auch im digitalen Zeitalter gewährleisten zu können?

„Die Gewährleistung des Kinderschutzes auch im digitalen Zeitalter ist ein schwieriges Thema, da Kontrollinstanzen aufgrund der Pandemiesituation phasenweise keine oder kaum Kontakt- und Zugangsmöglichkeiten zu betroffenen Kindern und Jugendlichen hatten. Ihre Aufrechterhaltung während etwaiger Kita-, Schul- und Jugendeinrichtungsschließungen sowie eine Ausweitung niedrigschwelliger Hilfestrukturen mit Werbung in den sozialen Medien könnte sich als sinnvoll erweisen und im Rahmen eines Kölner Modellprojekts mit Kooperationspartnern freier Träger erprobt werden.“

## Soziale Arbeit im Krankenhaus

### 8. Was wollen Sie tun, um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den Ressourcen des Gesundheitswesens sicherzustellen - auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung?

„DIE LINKE ist der Meinung, dass eine digitale Grundausstattung schon heute zum Lebensnotwendigen gehört, und deshalb auch für Menschen finanziert werden muss, die Leistungen von Ämtern bekommen.

Für eine längere Übergangszeit muss Menschen, die kein Endgerät zur Verfügung haben oder die Technik nicht handhaben können, andere Wege der Datenübertragung und Information zur Verfügung stehen.

Digitalisierung im Krankenhaus bedeutet auch den Einsatz von Maschinen, die beispielsweise OPs durchführen. Diese Maschinen erbringen zwar die besseren medizinischen Leistungen. Aber die Planung, die Kommunikation und die Betreuung der Patienten, also die zwischenmenschlichen Aufgaben eines Arztes/einer Ärztin, müssen weiterhin durch Menschen erledigt werden.“

### 9. Was wollen Sie tun, um die Partizipation des/der Patient\*in im Behandlungsprozess sicherzustellen?

„Schon heute ist insbesondere vor Eingriffen eine umfangreiche Aufklärung vorgesehen. Aber die schriftlichen Informationen sind für die meisten Menschen zu kompliziert. Hier ist es wichtig, zugewandtes Personal zu haben, das Sachverhalte bei Bedarf auch einfach erklärt. Damit das immer so ist, müssen Patientenvertreter eine wichtigere Rolle als bisher spielen. Denkbar wären auch professionelle Lotsen, wie sie z.B. auch bei neueingewanderten Menschen eingesetzt werden, um diese schnell mit dem deutschen Gesundheitswesen in Kontakt zu bekommen.“

## Schulsozialarbeit

### 10. Die Finanzierung von Schulsozialarbeit ist bis 2021 gesichert. Wie wollen Sie Schulsozialarbeit darüber hinaus nachhaltig finanzieren?

„Schulsozialarbeit finanziert sich über kommunale und Landesmittel. DIE LINKE will die kommunalen Mittel auch nach 2021 fortschreiben. Anzeichen dafür, dass sich an Art und Umfang der Finanzierung etwas ändern könnte, sieht DIE LINKE nicht. Sollten Kürzungen zu befürchten sein, würden wir unseren Beitrag dazu leisten, die Öffentlichkeit über die drohenden Kürzungen aufzuklären und zusammen mit Elternverbänden, Gewerkschaften und weiteren Akteuren dagegen zu mobilisieren. Vielmehr setzen wir uns für einen deutlichen Ausbau der Stellen für Schulsozialarbeit an jeder Schule ein, da diese eine wichtige Rolle dabei spielt, dass die Benachteiligung von Schüler\*innen aus ärmeren, bildungsfernen Familien abgebaut und eine umfassend inklusive Schulkultur entstehen kann.“

11. Aktuell entstehen Konflikte ob Sozialarbeitende zur Schule oder zur Jugendhilfe gezählt werden. Wie sollen Fachkräfte im Bereich der Schulsozialarbeit Ihrer Ansicht nach strukturell angebunden werden (direkt an der Schule, beim öffentlichen/freien Träger)?

„Unsere Fraktion und unser Facharbeitskreis haben dazu noch keine abschließende Meinung. Gemeinsam haben wir zwei Kriterien zur Beurteilung konkreter Entscheidungen über die organisatorische Zuordnung der Schulsozialarbeit: 1. Schulsozialarbeit muss vor Ort autonom im Interesse der Emanzipation der Kinder und Jugendlichen sowie in eigenem Auftrag arbeiten. Sie darf nicht eng in die Zielsetzungen des schulischen Unterrichts eingebunden sein und muss organisatorisch, durch ausreichende räumliche und zeitliche Ressourcen die Möglichkeit eines langfristigen Aufbaus von Beziehungen haben. 2. Schulsozialarbeit muss den Beschäftigten eine langfristige berufliche Perspektive bieten, d.h. sie muss in Höhe des TVöD, besser nach TVöD bezahlt sein und eine feste Anstellung mit vollen Arbeitnehmerrechten begründen. Wir werden aufgrund dieser Kriterien die organisatorischen Strukturen in unsere Kommune beobachten und bewerten.“

## Wohnungslosenhilfe

12. Inwieweit planen Sie einen Ausbau der Wohnungslosenhilfe?

„Das bestehende System erreicht einen Teil der Wohnungslosen nicht. Außerdem führt der bislang hauptsächlich praktizierte „Bewährungsaufstieg“ zu einem langen Verbleiben der Obdachlosen im System. DIE LINKE möchte einen Systemwechsel hin zu Housing First. Neben der sofortigen Unterbringung in einer Wohnung bildet die Freiwilligkeit in der Annahme von Betreuungsangeboten den Kern des Konzepts. Nichtsdestotrotz gehen wir davon aus, dass dadurch nicht weniger Sozialarbeiter\*innen und Streetworker gebraucht werden, einmal weil trotz Freiwilligkeit Beratung weiter stark nachgefragt wird, außerdem erhöht sich die Zahl der Menschen, die durch Housing First erreicht werden und sich nicht entziehen.“